



# Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

8. April 2014

+++ Veranstaltungstipp +++

Diskussion mit Jörg Asmussen

Die Kreis-Jusos und die SPD-Griesheim laden gemeinsam mit dem SPD-Europakandidaten Santi Umberti an diesem Donnerstag zu einer Diskussionsveranstaltung mit **Staatssekretär Jörg Asmussen**, dem ehemaligen Mitglied des Direktoriums der EZB, ein:

Unter dem Titel „**Quo vadis Euro?**“ soll gemeinsam auf die Entwicklung der Finanzkrise zurückgeblickt und über die Perspektiven des Euro gesprochen werden. Das wird bestimmt eine gute Veranstaltung!

Wann: 10. April um 19:00 Uhr

Wo: Café Bar Bühne Linie 9 , Wilhelm-Leuschner-Straße 58, 64347 Griesheim

Mehr unter:

[www.jusos-darmstadt-dieburg.de](http://www.jusos-darmstadt-dieburg.de)

Liebe Leserin, lieber Leser,

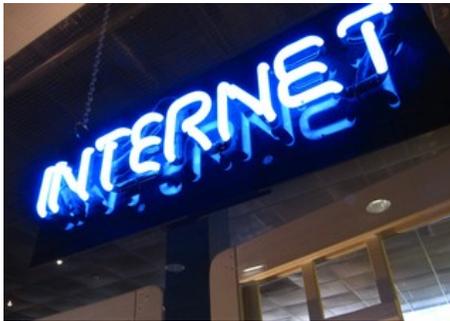
diese Woche begann für mich mit dem **Frühlingsempfang der Darmstädter SPD**, der dieses Jahr ganz im Lichte der Europawahl stand. Im Rahmen eines „Europatalks“ diskutierten die SPD-Europaabgeordnete Petra Kammerevert mit dem Darmstädter Kandidaten für die Europawahl, Santi Umberti, über die Rolle des Europäischen Parlaments und den Einfluss der EU auf den Alltag der Menschen. **Kammerevert erläuterte die erweiterten Kompetenzen des Europäischen Parlaments durch die letzten Vertragsänderungen und sie erläuterte an Hand des Beispiels „Netzneutralität“ die Erfolge des Parlaments.** Das Europaparlament hatte erst letzte Woche eine Vorlage der EU-Kommission gekippt, der zufolge Inhalteanbieter und Telekommunikationsprovider das Recht haben sollten, Vereinbarungen zu Volumentarifen und der Übertragung von Daten unterschiedlicher Qualitätsklassen zu treffen. Zu befürchten stand die Entstehung eines Zwei-Klassen-Internets - ein High-Speed-Netz für diejenigen, die mehr zahlen, und ein langsames oder z.T. gesperrtes Netz für die übrigen Bürger.

Heute ging es direkt weiter in Sachen Europa - **der Europäische Gerichtshof entschied, dass die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung in ihrer konkreten Ausgestaltung gegen die Grundrechte der Menschen in Europa verstößt.** Deshalb haben die Richter die Richtlinie für ungültig erklärt.

Damit ist Deutschland nicht mehr zur Umsetzung der Richtlinie verpflichtet - und viel innenpolitischer Streit ist erst mal obsolet. Wir werden das Urteil jetzt sorgfältig auswerten und müssen dann mit unserem Koalitionspartner neu über das Thema Vorratsdatenspeicherung reden. Ich bin mir sicher, wir werden eine sachliche und konstruktive Debatte führen und am Ende eine tragfähige Lösung finden.

Herzliche Grüße aus Berlin sendet

*Euse / ihre Brigitte Zypries*



### +++ E-Mail-Kontos gehackt +++

#### Prüfmöglichkeit auf der Internetseite des BSI

Vergangene Woche gab es einen breit angelegten Hacker-Angriff, bei dem die Angreifer es offenbar schafften, sich Zugang zu etwa 21 Millionen E-Mail-Adressen zu verschaffen. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bietet unter

<https://www.sicherheitstest.bsi.de>

die Möglichkeit festzustellen, ob die eigene E-Mail-Adresse von dem Diebstahl betroffen ist. Das BSI rät zu erhöhten Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der eigenen Computer. Viele Computer, die von Privatanwendern benutzt werden, seien nicht ausreichend gegen Angriffe im Netz geschützt. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter

<http://www.bsi-fuer-buerger.de>.

### Haushaltswoche im Plenum

Diese Woche ist Haushaltswoche im Deutschen Bundestag. In den nächsten Tagen wird der Etat eines jeden Bundesministeriums beraten - über den Haushaltsplan im Ganzen wird dann Ende Juni, nach Beratung im Haushaltsausschuss, abgestimmt. **Die Haushaltswoche gilt als einer der wichtigsten parlamentarischen Wochen im Jahr, denn hier wird entschieden, welche Projekte und Aktivitäten der Staat im kommenden Jahr durchführen und für welche Zwecke er wie viel Geld ausgeben möchte.**

Nur ein finanziell handlungsfähiger Staat kann sich stark machen für sozialen Ausgleich und gesellschaftliche Teilhabe. Die größte Einnahmequelle des Bundes sind mit Abstand die Steuern. Dabei sind die ertragreichsten Steuern die Umsatzsteuer, die Lohnsteuer und die Energiesteuer. Die größten Ausgaben fallen im Arbeitsministerium und im Verteidigungsministerium an. An dritter Stelle kommt allerdings schon die Bundesschuld, also Ausgaben, die jedes Jahr anfallen, nur um Zinsen von Krediten des Bundes zu bezahlen. **Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns deshalb in der letzten Großen Koalition dafür eingesetzt, die Schuldenbremse im Grundgesetz zu verankern.** Nur so können wir Gestaltungsspielräume heute politisch sinnvoll nutzen, sie gleichzeitig aber auch künftigen Generationen erhalten. **Deshalb ist es ein wichtiger Erfolg für uns, dass wir im Parlament nun einen strukturell ausgeglichenen Haushalt für 2014 beraten. Im nächsten Jahr ist sogar ein Bundeshaushalt ganz ohne neue Schulden in Sicht.**

Der Entwurf des Bundeshaushalts für 2014 und die mittelfristige Finanzplanung zeigen, dass hohe öffentliche Investitionen und ein ausgeglichener Bundeshaushalt kein Widerspruch sind - wenn die richtigen Prioritäten gesetzt werden. **So haben wir uns dafür eingesetzt, dass der Bund in der laufenden Legislaturperiode mehr in Bildung und Forschung, Städtebau und Infrastruktur sowie in die Entlastung der Kommunen investiert - geplant ist beispielsweise die vollständige Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund. Die Kommunen werden allein dadurch um 5,5 Mrd. Euro entlastet.** Die Länder werden zusätzliche 6 Mrd. Euro für Investitionen in Kitas, Schulen und Hochschulen erhalten.



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de).

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin

Bilder:

Seite 2: [aboutpixel](#) / Rainer Sturm

Seite 3: Hannes Nonhebel

### EEG- Reform auf guten Weg gebracht

Den Weg zu einer nachhaltigen Energiewende verantwortungsvoll gestalten: Dieses Ziel verfolgt der von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel erarbeitete Entwurf der EEG-Novelle, der heute im Bundeskabinett verabschiedet wurde.

- **Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll durch festgelegte sog. Ausbauridore gesteuert und dadurch für alle Beteiligten verbindlich und planbar werden.** Um die EEG-Umlage nicht unnötig in die Höhe zu treiben, soll zukünftig festgelegt sein, wie viele Anlagen welcher Art (Photovoltaik, Windkraft, Biomasse) mit welchem zu erwartenden Ertrag neu errichtet werden dürfen. Für die Region Hessen ist vor allem die Einigung mit den Ländern auf das sog. Referenzertragsmodell interessant. Danach sollen Anlagen an wenig(er) windreichen Standorten länger die höhere Anfangsvergütung erhalten können, mit dem Ziel der schnelleren Erhöhung des Anteils der Windenergie an der deutschen Stromerzeugung - dies ohne weitere Erhöhung der EEG-Umlage.
- **Die Kosten des Ausbaus der erneuerbaren Energien sollen deutlich gesenkt werden** - dies zum einen durch Konzentration auf die kostengünstigen Technologien wie Onshore-Wind und Photovoltaik, zum anderen durch den Abbau bestehender Überförderungen.
- **Die erneuerbaren Energien sollen stärker an den Markt herangeführt werden**, d.h. die größeren Wind-, Solar- oder Bioenergie-Anlagen sollen mehr und mehr verpflichtet werden, den von ihnen erzeugten Strom selbst und nicht mithilfe der fixen Einspeisevergütung zu verkaufen. Privatleute mit einer Solaranlage auf dem Dach sind im Regelfall davon ausgenommen.

**Auf Grundlage dieser Einigung gilt es nun, rasch ein abschließendes Einvernehmen mit der Europäischen Kommission zu finden.** Diese hat wegen der Befreiung einiger Unternehmen von der EEG-Umlage ein Verfahren gegen Deutschland wegen möglicher Wettbewerbsverzerrung angestrengt. Unser Anliegen ist, dass die schwierige internationale Wettbewerbssituation unserer energieintensiven Industrieunternehmen angemessen berücksichtigt wird. **Deutschland ist nicht zuletzt aufgrund seiner starken industriellen Basis gewichtiger Motor der europäischen Wirtschaft. Und das soll auch so bleiben.**